



forumZFD

MAGAZIN



Meinung

Friedenswende statt Zeitenwende

Thema

Ukraine: Ein dunkles Jahr

Im Interview

Friedensforscher Christoph Weller

Reportage

Eine Stadt bricht das Schweigen

Was Sie in diesem Heft erwartet

4 In eigener Sache

5 Meinung

Friedenswende statt Zeitenwende!

Wie Deutschland die Zeit in die
falsche Richtung wendet



6 Thema

Ein dunkles Jahr

Friedensarbeit in der Ukraine
in Zeiten des Krieges



10 Im Gespräch

„Frieden wird uns nicht geschenkt“

forumZFD-Interview mit dem
Friedensforscher Christoph Weller

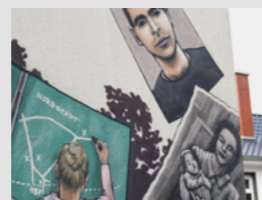


14 Im Fokus

16 Reportage

Eine Stadt bricht das Schweigen

Rückblick: Vier Jahre Kommunale
Konfliktberatung in Hildesheim



21 Friedenspolitik

22 Was uns Hoffnung macht

24 Rätsel & Rezept

26 Spenden

Über das forumZFD

Wir im forumZFD unterstützen Menschen in gewaltsamen Konflikten auf dem Weg zum Frieden. Unsere Organisation wurde im Jahre 1996 von Friedens- und Menschenrechtsgruppen gegründet – als Reaktion auf die Balkankriege. Seitdem setzen wir uns für die Überwindung von Krieg und Gewalt ein.

Heute arbeiten wir zusammen mit Friedensberater*innen in Deutschland und zwölf weiteren Ländern in Europa, dem Nahen Osten und Südostasien. Ohne eine gute Ausbildung wäre unsere professionelle Arbeit in Konflikten nicht möglich. Diese bietet unsere Akademie für Konflikttransformation für Menschen in der internationalen Friedensarbeit an. Mit Kampagnen, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit setzen wir uns aktiv für eine zivile Friedenspolitik ein.

Die Bundesregierung hat uns als Trägerorganisation des Zivilen Friedensdienstes anerkannt. Wir sind Unterzeichner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Unsere Arbeit finanzieren wir über öffentliche und private Zuschüsse, Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Das forumZFD erhielt 1997 den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis, 2005 den Göttinger Friedenspreis, 2014 den Friedenspreis Sievershäuser Ermutigung und 2022 den Versöhnungspreis der Klaus Jensen Stiftung.

Impressum

Herausgeber: Forum Ziviler Friedensdienst e. V.,
Am Kölner Brett 8, 50825 Köln
E-Mail: kontakt@forumZFD.de
Internet: www.forumZFD.de
Telefon: 0221 – 91 27 32-0

Redaktion: Christoph Bongard (V.i.S.d.P.),
Petra Gramer, Merle Jakobus, Hannah Sanders
Gestaltung: www.sonja-kleffner.de
Lektorat: www.lektorat.koeln

Fotos ohne Angaben: © forumZFD
Auflage: 5.000 Stück
Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Offset-Papier.



Zum Titel

Unser Bild zeigt Fazila Efendic. Die Bosnische Muslima arbeitet als Verkäuferin in einem Kiosk gegenüber dem Friedhof in Potočari. In dem kleinen Dorf nahe Srebrenica war während des Bosnienkrieges das niederländische UN-Bataillon „Dutchbat“ stationiert, das bosnische Zivilist*innen schützen sollte. Doch im Sommer 1995 hatten bis zu 25.000 Menschen in Potočari vergeblich Schutz gesucht.

Zwischen dem 11. und 19. Juli töteten Milizen unter dem Kommando des bosnisch-serbischen Generals Ratko Mladić mehr als 8.000 Menschen, vorwiegend muslimische Männer, an mehreren Tatorten in und um Srebrenica. Das Massaker gilt als eines der schlimmsten seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Vereinten Nationen klassifizieren es als Völkermord.

Fazila Efendic überlebte das Massaker von Srebrenica, ihr Sohn und ihr Mann jedoch nicht. Auch 30 Jahre nach Kriegsende sind Schmerz und Leid der Überlebenden allgegenwärtig. Gemeinsam mit den „Müttern von Srebrenica“ kämpft Fazila Efendic um Gerechtigkeit.

Liebe Leserin, lieber Leser,

wenn Sie diese Ausgabe in den Händen halten, liegt der 24. Februar schon hinter uns. Was bedeutet der russische Krieg in der Ukraine für die Menschen im Land und wie hat sich in diesem zurückliegenden Jahr unsere Friedensarbeit im Land verändert? Im Themenartikel teilen wir die Einschätzungen von Partner*innen aus der Ukraine und berichten, wie der Erfahrungsaustausch mit Friedensarbeit im Kosovo hilfreich sein kann.

Ein Jahr ist auch vergangen seit der vielzitierten „Zeitenwende“-Rede des Bundeskanzlers. Peter Tobiassen erinnert im Meinungsbeitrag an eine andere sicherheitspolitische Zeitenwende in der deutschen Geschichte und kommt zu dem Schluss: Die Scholz'sche Wende führt nicht in die Zukunft.

In die Geschichte, genauer in die Begriffsgeschichte führt uns das Interview mit dem Friedensforscher Christoph Weller. Er spricht über die Etablierung der Zivilen Konfliktbearbeitung in den 1990er Jahren, sein Interesse an der Arbeit an Konflikten in unserer eigenen Gesellschaft und warum die Zeitenwende seiner Ansicht nach gar keine ist.

Konflikten in unserer Gesellschaft ist auch die Reportage auf der Spur. Sie führt ins niedersächsische Hildesheim und zeichnet die Entwicklung einer Kommunalen Konfliktberatung durch das forumZFD nach.

Im letzten Jahr haben Sie, liebe Leser*innen, unsere Friedensarbeit sehr großzügig mit Spenden unterstützt. Dafür danke ich Ihnen von Herzen.

Ich hoffe, Sie bleiben an unserer Seite, und wünsche Ihnen eine spannende Lektüre

Christoph Bongard

Christoph Bongard
Leiter Kommunikation & Politik

Das forumZFD hat einen neuen Aufsichtsrat



Der neue Aufsichtsrat des forumZFD (v. l. n. r.): Benedikt Brammer, Esther Yungung Lisa Rüden, Raana Gräse, Peter Tobiasen, Miriam Mona Makulazi, Volker Grotefeld und Kiflemariam Gebre Wold (s. Kreis).

Über die Geschicke des forumZFD wacht ein siebenköpfiger Aufsichtsrat. Für die nächsten drei Jahre hat sich dieser im November neu aufgestellt: Neu gewählter Vorsitzender ist Peter Tobiasen, der mehr als 30 Jahre lang die Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer prägte und dem forumZFD schon seit vielen Jahren verbunden ist. Stellvertretende Vorsitzende ist Esther Yungung Lisa Rüden. Als Juristin und Geschäftsführerin der „W3_Werkstatt für internationale Kultur und Politik e. V.“ bringt sie viel Erfahrung in den Bereichen Personal und Arbeitsrecht sowie in der Anwaltschaft für Kinderrechte mit. Ebenfalls neu im Aufsichtsrat ist Benedikt Brammer, ehemals Friedensfachkraft im Libanon und heute im Auswärtigen Amt tätig. Herzlich bedanken wir uns bei Michael Germer, Mareike Junge, Dominique Pannke und Stephan Hocks für ihr langjähriges Engagement im letzten Aufsichtsrat. Allen Mitgliedern des aktuellen Aufsichtsrats wünschen wir einen guten Start und uns allen eine gute Zusammenarbeit.

Ministerin besucht unsere Partner*innen in der Ukraine

Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze, zuständig für den Zivilen Friedensdienst, besuchte im Januar unsere Partnerorganisation Zatsikavleni in Odessa. Seit mehreren Jahren fördert Zatsikavleni mit Unterstützung des forumZFD eine gute Nachbarschaft zwischen den Menschen in den oftmals anonymen Wohnblocks der Stadt. Jetzt, mitten im Krieg, ist dieses Miteinander überlebenswichtig. Es sichert so gut wie möglich die Versorgung aller, es stärkt und schenkt Zuversicht. Und es ist oft nur möglich, weil es Organisationen wie das forumZFD gibt, die weiterhin an der Seite ihrer Partner*innen sind. So betonte es auch Svenja Schulze: „Die Ukraine [braucht] nicht nur Waffen, sondern auch zivile Unterstützung, um stark zu bleiben. [Sie] beginnt jetzt schon mit dem Wiederaufbau, weil sie an eine bessere Zukunft glaubt.“



Bundesministerin Svenja Schulze (Mitte) mit Ada Hakobyan (forumZFD) und Nadia Kulakovska (Absolventin der „Schule der Nachbarschaftskultur“ von Zatsikavleni) am 19. Januar 2023 in Odessa.

© Artur Sadovnikov

Friedenswende statt Zeitenwende!

Wie Deutschland die Zeit in die falsche Richtung wendet

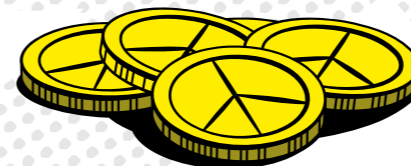
Von Peter Tobiasen



Vor einem Jahr, am 27. Februar 2022, rief Bundeskanzler Olaf Scholz im Bundestag eine Zeitenwende aus. Es ist nicht die erste sicherheitspolitische Zeitenwende. Gehen wir zurück in das Jahr 1979, in das Jahr des NATO-Doppelbeschlusses. Damals wurden die amerikanischen Pershing-Raketen gegen die russischen SS-20 aufgestellt. Aber immerhin gab es damals auch einen zweiten Teil des Beschlusses: Verhandlungen der Supermächte über Rüstungsbegrenzung und die verstärkte Fortführung der blockübergreifenden und vertrauensbildenden Aktivitäten im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Im Jahr 2022 ist es nur ein Einfachbeschluss, ein 100-Milliarden-Euro-Aufrüstungspaket.

Hätten wir den russischen Überfall auf die Ukraine verhindert, wenn Deutschland bereits seit 2014 mit zusätzlichen 100 Milliarden Euro auferüstet hätte? Vermutlich nicht. Was wir statt einer neuen Aufrüstungsspirale wirklich brauchen, ist eine ehrliche Analyse, warum Diplomatie und Politik diesen Krieg nicht verhindern haben: Wo haben die deutsche und die europäische Diplomatie versagt? Warum wurden nicht rechtzeitig Gegenmaßnahmen entwickelt? Warum wurde dem Druck der deutschen Wirtschaft nach billiger Energie ohne Blick auf die Sicherheits- und Friedensinteressen nachgegeben?

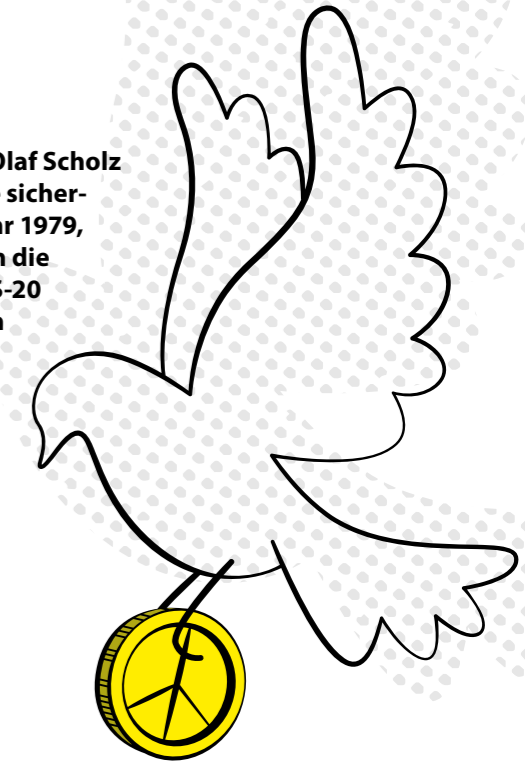
Für eine europäische Friedensperspektive brauchen wir eine starke Diplomatie und keine militärische Stärke. Es braucht einen Aufbau von starken Institutionen und



Instrumenten der Zivilen Konfliktbearbeitung und die Einbeziehung des „Do no harm“-Prinzips. Das bedeutet, diplomatische Maßnahmen müssen im Blick haben, ob sie andere verletzen oder benachteiligen und somit neue Verwerfungen herbeiführen.

Eine starke Diplomatie bezieht auch die Perspektiven zivilgesellschaftlicher Akteure und benachteiligter Gruppen mit ein, lädt ein zur Partizipation und verteidigt deren Handlungsspielräume in repressiven Kontexten. Sie weiß, wie auf Einschränkungen von Menschenrechten schnell und wirksam reagiert wird. Und sie kann sich ebenso Völkerrechtsbrüchen von Verbündeten konsequent entgegenstellen.

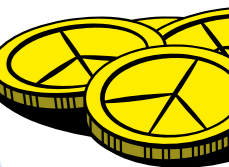
Auch Deutschland muss dazu mehr beitragen. Wir müssen für Blauhelme und internationale Polizei schnell und im nötigen Umfang Personal zur Verfügung stellen können. Regionalen Konflikten muss das Instrumentarium der Zivilen Konfliktbearbeitung auf breiter Fläche zur Verfügung gestellt werden können.



„Vorrang für zivil“ darf keine Worthülse sein, sondern muss politische Wirkung entfalten. Fangen wir an mit 10 Prozent vom Scholz’schen „Wumms“: zehn zusätzliche Milliarden Euro für Frieden und Entwicklung.



Peter Tobiasen ist Vorsitzender des Aufsichtsrates des forumZFD.





Zerstörte Gebäude in einem Dorf nahe Tschernihiw.

© Oleksandr Ratushniak, UNDP-Ukraine, CC BY-ND 2.0

Ein dunkles Jahr

Friedensarbeit in Zeiten des Krieges

Von Hannah Sanders

Die Berichte aus der Ukraine sind bedrückend. Auch ein Jahr nach Beginn des russischen Einmarsches ist kein Ende der Gewalt in Sicht. Trotz allem setzen die Partnerorganisationen des forumZFD ihre Arbeit fort – und geben die Hoffnung auf eine friedlichere Zukunft nicht auf.

Oksana Dovgopolova sitzt im Dunkeln. Nur das bläuliche Licht ihres Laptops sorgt für ein wenig Helligkeit. In Odessa gibt es gerade wieder einmal keinen Strom, berichtet die Historikerin und Philosophie-Professorin. Ebenso wie im ganzen Land ist die Energieversorgung auch in der Hafenstadt am Schwarzen Meer ständig unterbrochen, denn Russland setzt seine Angriffe auf die

ukrainische Infrastruktur unbarmherzig fort. Zuletzt habe ich im April 2022 mit der Professorin telefoniert. Damals wie heute sagt sie: „Es gibt im Moment keinen Ort in der Ukraine, der wirklich sicher ist.“ Nur wenige Tage vor unserem Gespräch hat eine russische Rakete ein Wohnhaus in Dnipro getroffen, über 40 Menschen starben, viele weitere werden noch vermisst.

Ein Jahr ist es nun her, dass die russische Armee in der Ukraine einmarschiert ist. Millionen Menschen sind vor den Kämpfen ins Ausland oder innerhalb des Landes geflohen. Die Lebensbedingungen sind jetzt im Winter besonders schwierig. Wie viele Menschen bereits ihr Leben verloren haben, kann niemand genau sagen.

„Ich konnte nur staunen“

Und doch geht die Friedensarbeit weiter – auch im Krieg. „Wir unterstützen die Zivilgesellschaft. Das ist unser Mandat und diese Arbeit haben wir auch 2022 fortgeführt“, sagt Zornitsa Popova-Glodzhani, Landesdirektorin des forumZFD in der Ukraine. „Ich konnte darüber nur staunen: Bereits am dritten Tag nach dem Einmarsch riefen uns unsere Partner an. Sie berichteten uns, was konkret gebraucht wird, und machten Vorschläge für Projekte.“ Auch dank zahlreicher Spenden aus Deutschland konnte das forumZFD seine langjährigen Partnerorganisationen dabei unterstützen, akute Not zu lindern. So verteilten Partner*innen beispielsweise Lebensmittel und Medikamente, bauten Keller zu Schutzräumen um und installierten Wasserpumpen, Generatoren und Solarpaneele. Neben dieser humanitären Hilfe setzt das forumZFD aber auch die eigentliche Friedensarbeit fort. Wichtig sei, die Bedarfe vor Ort genau im Blick zu behalten, betont Popova-Glodzhani: „Mein Appell ist, dass wir den Stimmen aus der Ukraine zuhören. Sie wissen am besten, was jetzt gebraucht wird.“

Eine dieser Stimmen kommt von Olena Melnyk. Die Psychologin und zertifizierte Trainerin in gewaltfreier Kommunikation arbeitet bereits seit vielen Jahren mit dem forumZFD in der Region Odessa. Sie weiß, was viele Menschen in der Ukraine nun dringend benötigen: Empathie und emotionale Unterstützung. „Der Krieg lässt viel Zorn und Hass entstehen. Viele Menschen sind verunsichert und fühlen sich allein mit ihrer Angst und ihrem Verlust. Wenn sie in dieser Situation kleine Inseln der Wärme und Verbundenheit finden, dann gibt ihnen das Hoffnung.“

Mit Empathie durch die Krise

Solche Inseln der Wärme schafft das Projekt „Empathy Ukraine“. Bereits zu Beginn der Corona-Pandemie tat sich Melnyk mit 25 Kolleg*innen zusammen, die gewaltfreie Kommunikation praktizieren und in der Krise Unterstützung anbieten wollten. Gemein-

© privat



Empathie helfe den Menschen durch den Krieg, so die Psychologin Olena Melnyk.



Oksana Dovgopolva und Kateryna Semenyuk sind langjährige Partnerinnen des forumZFD in der Ukraine.

sam mit dem forumZFD bauten sie ein Netzwerk für psychosoziale Hilfe auf. In Einzel- und Gruppentreffen können Menschen von ihren Sorgen und Nöten berichten. Es handele sich dabei nicht um Therapiestunden, so Melnyk. Ziel sei vielmehr, sichere Räume zu schaffen, in denen die Menschen Empathie erfahren. Das aktive Zuhören und die behutsamen Fragen würden den Teilnehmenden helfen, mit ihren Gefühlen besser zurechtzukommen. Das Projekt koordiniert Melnyk bis heute zusammen mit ihren Kolleg*innen Angela Starovoytova und Artem Sivak.

Da das Team von „Empathy Ukraine“ zu Beginn des russischen Angriffs bereits ein gut funktionierendes Netzwerk aufgebaut hatte, konnten Melnyk und ihre Kolleg*innen sofort auf die neue Krise reagieren. Neben den regelmäßigen Treffen entwickelten sie weitere Formate, wie etwa Trauerkreise für Menschen, die mit Verlust konfrontiert sind. Die Psychologin ist von der Wirksamkeit gewaltfreier Kommunikation fest überzeugt – nicht nur, um im Krieg einen menschlichen Umgang miteinander zu bewahren, sondern auch, um als Gesellschaft handlungsfähig zu bleiben. Gewaltfreie Kommunikation ermögliche es beispielsweise auf kommunaler Ebene, in Nachbarschaften Lösungen für gemeinsame Probleme zu finden. Insgesamt sei der Bedarf für psychosoziale Unterstützung in der Ukraine enorm, sagt Melnyk. Gerade für Kinder brauche es mehr Angebote. Eine weitere Herausforderung sieht sie in der Arbeit mit Veteran*innen, die nach dem Krieg wieder in die Gesellschaft integriert werden müssten. Auf sie und ihre Kolleg*innen wartet also viel Arbeit.

Vom Kosovo lernen

Ein weiterer Schwerpunkt des forumZFD ist der Aufbau einer inklusiven Erinnerungskultur. Beispiele aus anderen Post-Konflikt-Staaten zeigen, dass Krieg Gesellschaften oft jahrzehntelang zeichnet – selbst wenn die Kampfhandlungen längst beendet sind. Das weiß auch Korab Krasniqi, Projektmanager des forumZFD im Kosovo. Vor mehr als 23 Jahren endete dort der Krieg, doch dieser prägte

Gesellschaft und Politik bis heute, so Krasniqi. Die Ereignisse in der Ukraine hätten bei vielen Menschen im Kosovo alte Wunden aufgerissen: „Die Fernsehbilder erinnern uns an das, was wir selbst als Kinder oder Jugendliche erlebt haben. Die alten, antagonistischen Denkmuster werden neu entfacht.“ Das Beispiel Kosovo zeigt, wie zerbrechlich Friedensprozesse sind. Und dass Friedensorganisationen einen langen Atem brauchen.

Im Kosovo hat das forumZFD-Team über viele Jahre Expertise in der Arbeit mit Zeitzeug*innen aufgebaut. Deshalb tauscht sich Krasniqi seit einiger Zeit mit den Kolleg*innen in der Ukraine darüber aus, wie die Erfahrungen von Menschen während des Krieges dokumentiert werden können. Wichtig sei dabei vor allem, eine breite Vielfalt abzubilden. In den Projekten im Kosovo kommen Menschen aller Bevölkerungsgruppen zu Wort, einschließlich gesellschaftlicher Minderheiten. Auch Faktoren wie Geschlecht, Alter und die persönliche Lebenssituation spielen bei der Auswahl der Geschichten eine Rolle. „So stellen wir sicher, dass vielfältige Stimmen ins öffentliche Bewusstsein gebracht werden“, sagt Krasniqi.

Erinnerungen bewahren

Wie wird sich der aktuelle Krieg im kollektiven Gedächtnis der Ukraine einprägen? Diese Frage stellen sich auch die Professorin Oksana Dovgoplova und ihre Kollegin, die Kuratorin und Kunstexperten Kateryna Semenyuk. Davon berichten sie mir in der Videoschaltung nach Odessa. Die beiden sind langjährige Partnerinnen des forumZFD in dem Projekt „Vergangenheit / Zukunft / Kunst“, einer Plattform, die Bildungs- und Forschungsprojekte zur Erinnerungskultur umsetzt. Diese Arbeit führen sie auch jetzt fort, mitten im Krieg.

Darüber hinaus beschäftigen sie sich mit der Frage, wie zukünftige Gedenkort gestaltet werden können – zum Beispiel Butscha, Irpin und Hostomel. Diese Vororte von

Im Kosovo arbeitet das forumZFD zur Erinnerungskultur. Bei dieser Veranstaltung wurde zum Beispiel ein Buch über die Schicksale von Kindern im Krieg vorgestellt.



Korab Krasniqi (rechts) vom forumZFD im Kosovo hat viel Erfahrung in der Arbeit mit Zeitzeug*innen.

Kiew waren zeitweise von russischen Truppen besetzt, die Bilder der Gräueltaten an der Zivilbevölkerung gingen um die Welt. Auf Einladung des ukrainischen Kulturministeriums und der staatlichen Tourismusbehörde nahmen Dovgoplova und Semenyuk an Beratungen teil, wie eine Erinnerungskultur aussehen könnte. In der Bevölkerung gebe es ein starkes Bedürfnis, jetzt schnell Denkmäler zu errichten, erklären die beiden. Dies sei eine natürliche Reaktion auf die erlebten Traumata. Es sei jedoch wichtig, sorgfältig über die Botschaften und die genaue Form solcher Gedenkort nachzudenken. „Es gibt nicht das eine, richtige Modell für jede Tragödie, jede Stadt, jedes Dorf“, stellt Semenyuk klar. „Wir sind auch nicht gegen Denkmäler. Aber jetzt ist nicht der Zeitpunkt, schnell Ideen umzusetzen. Jetzt ist der Zeitpunkt, darüber nachzudenken – damit wir nach dem Krieg etwas haben, woran wir anknüpfen können.“

Der Krieg ist eine Zerreißprobe

An der Arbeit zur Erinnerungskultur wird deutlich, wie unterschiedlich die Menschen in der Ukraine diesen Krieg erleben. Manche haben das Land verlassen, andere sind Geflüchtete im eigenen Land, manche leben in besetzten Gebieten, wieder andere kämpfen. All diese Erfahrungen zusammenzubringen, wird eine Herausforderung für die Friedensarbeit nach dem Krieg sein. Zwar betonen viele ukrainische Partnerorganisationen, dass das Land derzeit geeint sei und solidarisch zusammenstehe. Doch ist Krieg für jede Gesellschaft eine Zerreißprobe und birgt die Gefahr, neue Konflikte zu schaffen. Auch bestehende gesellschaftliche Kontroversen, die derzeit hinter der unmittelbaren Notwendigkeit zu überleben zurückstehen, könnten zu einem späteren Zeitpunkt wieder in den Vordergrund rücken.

Jeder Krieg könne dichotome Denkmuster befördern, sagt forumZFD-Landesdirektorin Zornitsa Popova-Glodzhani: „Im Krieg ist alles schwarz oder weiß, gut oder böse. Das ist eine normale und verständliche Reaktion. Aber sobald wir unter die Oberfläche schauen, werden wir vermutlich Dinge finden, die in keine der beiden Kategorien fallen.“ Deshalb sei es wichtig, bereits jetzt

inklusive Denkmuster zu fördern, um zu verhindern, dass sich das Schwarz-Weiß-Denken in die Zeit nach dem Krieg übertrage.

Auch die Psychologin Olena Melnyk sieht dieses Risiko: „Während des Krieges ist es manchmal schwierig, andere Perspektiven oder Meinungen zu akzeptieren. Diese können als Verrat wahrgenommen werden.“ Gerade deshalb sei in dieser Situation die Empathie so wichtig, die sie und ihre Kolleg*innen ihren Teilnehmenden geben: „Wir vermitteln ihnen das Gefühl, dass sie gehört und unterstützt werden. Das hilft ihnen, selbst empathisch mit anderen umzugehen und unterschiedliche Meinungen anzuerkennen.“

Viele russische Muttersprachler*innen in der Ukraine entscheiden sich nun, ins Ukrainische zu wechseln. Unter anderem an der Sprachfrage wird deutlich: Der Krieg hat einen neuen Prozess der Identitätsbildung in der Ukraine ausgelöst. So sei auch das Bedürfnis, Gedenkort einzurichten, ein Ausdruck des Verlangens, sich von Russland loszulösen, sagt Historikerin Dovgoplova: „Indem sie an den aktuellen Krieg erinnern, möchten die Menschen jegliche nostalgischen Gefühle gegenüber der Sowjetunion hinter sich lassen.“

Es gehe aber nicht allein um Abgrenzung gegenüber dem Angreifer. Vielmehr entdeckte die Ukraine gerade die Vielschichtigkeit ihrer eigenen Geschichte und Kultur, die lange Zeit von den Erfahrungen während der Sowjetzeit überlagert worden sei. Die Bildungs- und Forschungsarbeit zur Vergangenheit ist aus Dovgoplovas Sicht unerlässlich für die Verständigung innerhalb der ukrainischen Gesellschaft. Denn Russland benutze Geschichte als Waffe: „Russlands Propaganda zeichnet das Bild einer gespaltenen Ukraine und behauptet, dass sich die unterschiedlichen Regionen nicht verstünden, weil sie unterschiedliche Sprachen sprechen. Durch unsere Arbeit tragen wir zum Bild einer gemeinsamen Zukunft für alle Menschen in der Ukraine bei. In Odessa zum Beispiel werden Hunderte von Sprachen gesprochen – und alle davon gehören zu unserer Geschichte und Kultur.“

© forumZFD, René Fietzek



Aus Sicht der forumZFD-Landesdirektorin Zornitsa Popova-Glodzhani wird eine wichtige Aufgabe für Friedensorganisationen sein, darauf zu achten, dass der gesellschaftliche Diskurs inklusiv gestaltet wird. „Die Ukraine ist ein großes und vielfältiges Land. Es bleibt abzuwarten, welche Erinnerungen und Erzählungen über den Krieg in den verschiedenen Regionen entstehen. Wir möchten vermeiden, dass Menschen aufgrund ihrer Meinung oder Herkunft ausgeschlossen oder verteufelt werden. Die Methoden der gewaltfreien Konfliktbearbeitung können hierbei helfen.“

Jetzt den Frieden vorbereiten

Nachhaltigen Frieden und Wohlstand könne es nur mit der Beteiligung einer lebendigen Zivilgesellschaft geben, davon sei sie überzeugt. Sie habe großes Vertrauen in die Menschen in der Ukraine: „In über 16 Jahren Friedensarbeit habe ich noch nie eine so aktive und gut organisierte Zivilgesellschaft erlebt. Die Menschen begegnen jeder Herausforderung, vor die der Krieg sie stellt, und das alles mit einer enormen Solidarität. Das ist etwas, was wir unterstützen und wovon wir lernen sollten. Nach dem Krieg wird die Ukraine ein Land im Wiederaufbau sein – und dann wird Solidarität, freiwilliges Engagement der Bürger*innen und ihre aktive Beteiligung mehr denn je benötigt.“

Mitten in meiner Videoschaltung nach Odessa ertönt plötzlich ein hohes Piepen. Es ist zurzeit vielleicht eines der schönsten Geräusche der Welt: das Zeichen, dass der Strom wieder anspringt. Oksana Dovgoplova strahlt und springt auf. „Jetzt beginnt die Party“, witzelt ihre Kollegin Kateryna Semenyuk. Mit dem Laptop in der Hand läuft Dovgoplova durchs Haus, schaltet das Licht ein und steckt alle Ladekabel in die Steckdosen. Dabei erzählt sie weiter. Vor einigen Jahren habe sie die deutsche Hauptstadt besucht und sich dort die Gedenkstätte der Berliner Mauer angeschaut. Auf einer Gedenktafel am ehemaligen Grenzstreifen habe sie gelesen, wann der letzte Mensch bei einem Fluchtversuch aus der DDR erschossen wurde: am 5. Februar 1989. Das habe sie sehr traurig gemacht, schließlich hätte der junge Mann nur noch wenige Monate warten müssen, bis die Mauer fiel. Aber das konnte er zu diesem Zeitpunkt nicht wissen, ebenso wie heute niemand weiß, wann der Krieg in der Ukraine endlich endet. „Wir wissen nicht, was morgen passieren wird. Niemand weiß das“, sagt Dovgoplova. „Aber wir geben die Hoffnung nicht auf.“

„Nach dem Krieg wird freiwilliges Engagement mehr denn je benötigt“, sagt Zornitsa Popova-Glodzhani, Landesdirektorin des forumZFD in der Ukraine.

Frieden wird uns nicht geschenkt

forumZFD-Interview mit dem Friedensforscher Christoph Weller

Was verstehen wir eigentlich genau unter „Ziviler Konfliktbearbeitung“, von der wir im forumZFD so häufig sprechen? Wo kann und wo muss sie zum Einsatz kommen, damit sie wirken und überzeugen kann? Und was bedeutet der Krieg gegen die Ukraine für die Zukunftsfähigkeit der Zivilen Konfliktbearbeitung? Darüber haben wir mit dem Augsburger Friedens- und Konfliktforscher Christoph Weller gesprochen.



Prof. Dr. Christoph Weller leitet den Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung der Universität Augsburg. Er ist seit 30 Jahren in der Friedensforschung tätig, aktuell unter anderem in einem partizipativen Forschungsprojekt mit der Kommunalen Konfliktberatung des forumZFD.

Wenn wir im forumZFD gefragt sind, einen passenden Fachbegriff für unsere Friedensarbeit zu benennen, dann ist das die „Zivile Konfliktbearbeitung“. Woher kommt dieser Begriff, in welchem Kontext ist er entstanden?

Kontext für die Erfindung des Begriffs war das antimilitaristische Denken in den 1990er Jahren. Ich selbst habe den Begriff zum ersten Mal auf der Jahreskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) im Frühjahr 1993 gehört, von dem politisch sehr engagierten Frankfurter Friedensforscher Andreas Buro. Er und viele andere dachten damals intensiv darüber nach, wie die Eskalation von internationalen Konflikten verhindert werden kann und was zu einem besseren, gewaltfreien Konfliktaustrag beitragen könnte, eben ohne auf Militär zurückzugreifen. Man suchte

nach Handlungsmöglichkeiten einer nichtmilitärischen, gewaltfreien Konfliktbearbeitung. Und dafür hat sich in den 1990er Jahren der Begriff „Zivile Konfliktbearbeitung“ etabliert.

Was war das Besondere an dieser Zeit?

Die internationale Politik war nicht mehr geprägt von militärischer Abschreckung, sondern nach Ende des Ost-West-Konflikts wurden internationale Friedenseinsätze der Staatengemeinschaft möglich und der UN-Sicherheitsrat wurde handlungsfähig. Aber dabei dominierten militärische Vorgehensweisen, denen mit „Ziviler Konfliktbearbeitung“ etwas entgegengesetzt wurde.

Später hat sich die zweite Dimension des Wortes „zivil“ stärker durchgesetzt im Sinne von „nicht-staatlich“. Bereits 1994 tauchte der Begriff dann an prominenter Stelle in einer Denkschrift der EKD auf. Es folgten mehr und mehr Publikationen, die Gründung von Initiativen wie dem Forum Ziviler Friedensdienst oder 1998 der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, die den Begriff im Namen trägt.

Und wie würden Sie den Begriff heute definieren?

Da zitiere ich mal – (lacht) so machen wir Wissenschaftler*innen das ja gerne – meinen Text aus dem Friedensgutachten 2004: „In einem

breiten Verständnis bedeutet ‚Zivile Konfliktbearbeitung‘, Regeln und Institutionen zu besitzen oder zu etablieren, die bei aktuellen und zukünftigen Konflikten Gewaltanwendung verhindern.“ Das würde ich heute immer noch so schreiben, denn die zentralen Elemente sind enthalten: Institutionen in einem ganz breiten Sinn und die Gewaltvermeidung.

Also geht es darum, den gewaltfreien Austrag von Konflikten zu etablieren?

Ja, und genau deshalb würde ich dem Militär keine Rolle bei der Zivilen Konfliktbearbeitung zumuten wollen.

Ist mein Eindruck richtig, dass Zivile Konfliktbearbeitung weniger aus einem wissenschaftlichen, theoretischen Diskurs entstanden ist, sondern von Anfang an auch ein politischer Begriff war?

Unbedingt. Es war stärker ein politischer Begriff als ein wissenschaftlicher. Mit der Etablierung des Begriffs im politischen Diskurs ist es wirklich gelungen, vor allem mit der ersten rot-grünen Bundesregierung ab 1998 – den Gedanken der Zivilen Konfliktbearbeitung in den Institutionen zu verankern, zum Beispiel mit dem Zivilen Friedensdienst und später dem Aktionsplan Zivile Krisenprävention der Bundesregierung. Dafür war wichtig, dass es ein ganz klar positiv besetzter Begriff ist, der aber andererseits nicht besonders abgrenzungstark ist. Wir haben ihn immer wieder gegen Vereinnahmungen, auch vom Militär, verteidigen müssen.

Was wurde in den mehr als 25 Jahren seit dem Aufkommen der Zivilen Konfliktbearbeitung erreicht?

Wenn man die wirklich pazifistischen Erwartungen vom Anfang der 1990er Jahre als Messlatte nimmt, dann waren wir maximal unerfolgreich. Ich halte das aber für einen falschen Maßstab. Im Zusammenhang „Ziviler Konfliktbearbeitung“ ist es

gelingen, neben den traditionellen polizeilichen und militärischen Maßnahmen im Umgang mit eskalationsgefährdeten Konflikten vielfältige Alternativen zu etablieren. Das halte ich für einen riesigen Fortschritt. Da ist viel Innovation gelungen in der Art und Weise, wie wir konstruktiver und viel effizienter mit Konflikten umgehen jenseits der Androhung und legalen Anwendung von Gewalt durch Polizei und Militär.

Wo sieht der Forscher in Ihnen bis heute die Defizite oder unentdeckte Potenziale der Zivilen Konfliktbearbeitung?

Mit Blick auf Zivile Konfliktbearbeitung in der Außen- und Entwicklungspolitik müssen wir uns die selbstkritische Frage stellen: „Ist diese Form der Zivilen Konfliktbearbeitung im Ausland nicht einfach eine neue Form von Kolonialismus?“ Wir tun so, als wenn wir den Umgang mit Konflikten irgendwie besser könnten als der Rest der Welt. Das gilt es immer wieder zu hinterfragen und das passiert ja nach meiner Wahrnehmung auch. Darum halte ich es für so wichtig, dass wir uns auch hier in Deutschland für die Zivile Konfliktbearbeitung einsetzen; da gibt es noch große unentdeckte Potenziale.

Was ist Ihnen daran so wichtig?

Frieden und Demokratie werden uns nicht geschenkt, sondern wir müssen

jeden Tag daran arbeiten, dass sie erhalten bleiben. Das genau steckt so wunderbar im Begriff der Konflikt-„Bearbeitung“. Das müssen wir in den nächsten Jahren in unserem Land noch viel stärker deutlich machen, dass Konfliktbearbeitung fundamental mit dem Erhalt unserer Demokratie und dem gesellschaftlichen Frieden zusammenhängt. Darum setze ich mich mit anderen dafür ein, dass der Begriff auch in das neue Demokratiefördergesetz aufgenommen wird.

Sie beschäftigen sich auch als Forscher mit dem Thema.

Die Konfliktbearbeitung in Kommunen, wie sie auch das forumZFD mit der Kommunalen Konfliktberatung (KKB) praktiziert, ist für mich ein wichtiges Forschungsfeld. Das entspricht sehr meinem Verständnis von praxisorientierter Friedens- und Konfliktforschung. Wenn ich hier in Augsburg als Friedensforscher gefragt werde: „Herr Weller, uns fliegt hier eine eskalierende Konfliktsituation um die Ohren, was können wir da machen?“ Dann kann ich nicht aus meinem Regal ein Buch mit den passenden Rezepten herausziehen und behaupten: „So geht’s!“ Jeder Konflikt ist anders, und ihn zu analysieren und zu verstehen, ist der erste Schritt zur Bearbeitung. Ohne das geht es nicht. So arbeitet auch die Kommunale Konfliktberatung und ich finde es wichtig, dass die Konflikt-

In der niedersächsischen Kleinstadt Osterholz-Scharmbeck diskutiert eine Lenkungsgruppe aus Vertreter*innen von Stadtverwaltung, Polizei und anderen Akteur*innen die Konfliktanalyse der Berater*innen des forumZFD.





Nicht erst seit der von Olaf Scholz ausgerufenen Zeitenwende setzt Deutschland verstärkt auf militärische Mittel. Dagegen protestierte das forumZFD bereits bei dieser Aktion 2014.

© Björn Kietzmann, Friedensband

forschung besser versteht, wie eine solche Konfliktberatung funktioniert, und wir zugleich einen Beitrag dazu leisten können, auf diesem Weg den Ansatz der Zivilen Konfliktbearbeitung weiterzuentwickeln.

Welche Erkenntnisse haben Sie dabei bisher gewonnen?

Dass für eine solche praxisorientierte Fragestellung ein partizipativer Forschungsansatz außerordentlich geeignet und angemessen ist. Wir forschen gemeinsam mit den Praktizierenden der KKB und beforschen sie nicht! Und so steigert sich kontinuierlich unser gemeinsames Verständnis von Kommunalen Konfliktberatung und sie wird immer weiterentwickelt. Am Beginn einer Konfliktberatung steht in der Regel, dass die Verantwortlichen in einer Kommune für sich akzeptieren: Wir haben ein Problem, mit dem wir alleine nicht mehr wirklich gut zurecht kommen. Die Berater*innen des forumZFD gehen dann hin und analysieren und beschreiben das Problem als Konflikt. Was so banal klingt, macht aber schon einen Unterschied. Denn Probleme wirken zumeist lähmend, Konflikte aber sind bearbeitbar. Da entsteht Irritation, es kommen neue Ideen auf, und zwar von den Beteiligten selbst und nicht als Lösungsrezept von außen. Und dennoch ist Kommunale Konfliktberatung kein technizistisches Konzept, ähnlich der Unternehmensberatung! Es geht nicht nur darum, Probleme

effizienter zu lösen, sondern um die Veränderung der Gesellschaft, die Steigerung ihrer Konfliktkompetenz. Auf diesem Weg können sich Kommunen zu ihrer Verantwortung für ein friedliches Zusammenleben aktiv bekennen und etwas dafür tun.

Was passiert nach einer Konfliktanalyse?

Es geht eigentlich darum, vielfältige Institutionen für die Bearbeitung von Konflikten bereitzustellen. Also nicht darum – wie bei einer Mediation –, einmalig einen Konflikt zu „lösen“, sondern auch strukturell für zukünftige Konflikte etwas zu verbessern. Wir fragen uns also: Wie werden hier Institutionen geschaffen, die in Zukunft konstruktive Konfliktbearbeitung in der Kommune sicherstellen können?

Wie könnten solche Institutionen der Konfliktbearbeitung in Kommunen aussehen?

In den Prozessen der Kommunalen Konfliktberatung, in die ich Einblicke bekommen habe, wurde beispielsweise häufig eine Art Koordinations- und Lenkungsgruppe etabliert. Darin kommen Menschen zusammen, die in der Kommune Verantwortung tragen, die aber oft noch nie zuvor so zusammengesehen haben: zum Beispiel die Leiterin des Jugendamts, der Polizeipräsident, eine in der Flüchtlingsarbeit enga-

gierte Pfarrerin und der Sozialreferent der Kommune. Und auf einmal werden Differenzen in der Beschreibung der Situation vor Ort sichtbar, weil die Leute an einem Tisch sitzen und gezwungen sind, auf eine wahrgenommene Differenz irgendwie zu reagieren. Da beginnt die Konfliktbearbeitung. Diese Treffen haben natürlich auch ganz praktische Funktionen für einen Beratungsprozess: Entscheidungen treffen, Ressourcen anders einsetzen und so weiter. Als Konfliktforscher würde ich aber sagen: Hier wird eine zusätzliche, neue Institution der Konfliktbearbeitung etabliert, und das kann nachhaltige Wirkungen haben.

Wenn ich an Gefährdungen für den innergesellschaftlichen Frieden in Deutschland denke, dann fällt mir die wahrnehmbare Spaltung ein, mit Symptomen wie den Montagsdemonstrationen oder den Protesten gegen Geflüchtete in den letzten Jahren. Kann eine Konfliktbearbeitung auf kommunaler Ebene überhaupt solche breiten Konflikte angehen?

Ja, ich denke schon. Der zentrale Austragungsort für die meisten gesellschaftlichen Konflikte ist die Kommune, auch wenn es oft um Konflikte geht, die etwa durch die europäische Migrationspolitik oder eine bundes- oder landespolitische Entscheidung in die Kommunen hineingetragen werden. Gerade wenn Kommunen mit schnellen Veränderungen von außen umgehen müssen, dann hilft Konfliktberatung von außen.

Denken wir an die Konflikte im Kontext der Corona-Pandemie:

Wie komme ich mit sogenannten Querdenker*innen ins Gespräch? Wie schaffe ich es, sie bei aller Abseitigkeit ihrer Weltsicht in ihren Ängsten ernst zu nehmen, so dass sie sich nicht gänzlich vom politischen System verabschieden oder gar beginnen, es zu bekämpfen? Was mir dabei hilft, ist der Perspektivenwechsel: Ich will doch auch, dass meine Ängste vor Atomwaffen ernst genommen werden, obwohl viele andere sagen: „Es ist noch nie aus Versehen ein Atomkrieg ausgelöst worden. Da muss man doch keine Angst haben.“ Wir müssen Orte und Austauschmöglichkeiten schaffen, wo sich alle trotz ihrer unterschiedlichen Auffassungen abgeholt und ernst genommen fühlen. Sonst erleben wir Situationen wie zum Jahresbeginn in Brasilien oder vor zwei Jahren in den USA, wo Gruppen sich derart radikalisierten, dass sie das ganze politische System infrage stellen und sogar physisch angreifen mit dem Sturm der Institutionen. Zivile Konfliktbearbeitung ist viel Arbeit – aber eben Arbeit am Frieden!

Lassen Sie uns noch mal auf die aktuelle internationale Konfliktlage schauen. Der russische Überfall auf die Ukraine hat nach meinem Eindruck viele Menschen in ihrem Glauben an die Kraft von Konzepten wie Ziviler Konfliktbearbeitung und gewaltfreiem Handeln erschüttert und heftige Debatten in Friedensbewegung und Friedensforschung ausgelöst. Der vom Bundeskanzler geprägte Begriff der Zeitenwende legt nahe,

dass die Welt sich im letzten Jahr so dramatisch verändert hat, dass alte Erkenntnisse zum Umgang mit Konflikten, mit Krieg und Frieden infrage gestellt werden. Hat er recht?

Nein.

Warum?

Ich teile die Auffassung nicht, dass sich die Welt seit dem 24. Februar 2022 so grundlegend verändert hat. Aber unsere Wahrnehmung hat sich natürlich stark verändert. Der Bundeskanzler hat eine neue Einsicht gewonnen und verkauft dies als Zeitenwende. Aber der Krieg in der Ukraine hat schon vor dem Februar letzten Jahres stattgefunden. Wir haben ihn nur nicht ausreichend zur Kenntnis genommen.

Mit dieser sogenannten Zeitenwende begründete der Bundeskanzler eine massive Aufrüstung der Bundeswehr und einen Kurswechsel in der Außenpolitik Deutschlands. Zu Unrecht?

Ja, natürlich. Der Begriff Zeitenwende spielt auf die militärische Intervention Russlands in der Ukraine an. Drei Tage später verkündet der Bundeskanzler eine Zeitenwende. Das war politisch wirklich sehr geschickt. Und dennoch bleibt es falsch. Was hat sich denn strukturell in der Welt verändert? Imperialismus ist ja keine neue Idee, und dass mächtige Staaten völkerrechts-

widrige Interventionen durchführen, ist leider auch nicht originell.

Für die nächsten 10 bis 15 Jahre erwarte ich eine neue Spirale aus Aufrüstung, Abschreckung und der Verfestigung von Feindbildern. Da fehlt mir aktuell leider eine Vorstellung einer positiveren Entwicklung. Es wird meiner Erwartung nach sehr mühsam werden, daraus wieder auszustiegen und auf ähnlich glückliche Ereignisse wie das Ende des Ost-West-Konflikts zu hoffen. Aber die Zukunft ist offen!

Welche Konsequenzen hat es für Organisationen der Zivilen Konfliktbearbeitung wie das forumZFD, wenn die Weltpolitik wieder zurückfällt in eine Ära der Geopolitik und einer neuen Blockkonfrontation?

Darüber habe ich so noch nicht nachgedacht. Das Ende des Ost-West-Konflikts schaffte tatsächlich den Raum, dass sich Konzepte wie die Zivile Konfliktbearbeitung etablieren konnten. Trotzdem glaube ich nicht, dass sie wegen der beschriebenen Veränderungen obsolet sind oder wir befürchten müssten, dass das alles nun wieder einkassiert wird. Aber zivilgesellschaftliche Akteur*innen der Zivilen Konfliktbearbeitung werden in Zukunft noch stärker prüfen müssen, ob sie von Regierungen für geopolitische Ziele instrumentalisiert werden. Nach dem Motto: Es ist billiger und effizienter, über Zivile Konfliktbearbeitung in Ländern Einfluss zu nehmen statt über das Militär. Da müssen wir noch viel aufmerksamer werden.

Das Gespräch führte Christoph Bongard. ■



© René Fietzek

Zivile Konfliktbearbeitung in der Praxis: forumZFD-Projektmitarbeitende analysieren und bearbeiten Konflikte zwischen Einheimischen und syrischen Geflüchteten im Libanon.

HOFFNUNGSSCHIMMER

Eine Frau feiert Anfang Januar das orthodoxe Weihnachtsfest in Äthiopien. Der Krieg zwischen der äthiopischen Regierung und der Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) hat unzählige Opfer gefordert, sogar mehr noch als der russische Angriffskrieg in der Ukraine. Er ist eine der vergessenen humanitären Katastrophen dieser Welt – das Leid und das Sterben in dem ostafrikanischen Land fanden kaum Aufmerksamkeit. Ein kleines Licht der Hoffnung in dieser sonst düsteren Zeit ist das Waffenstillstandsabkommen, das die Konfliktparteien im November 2022 geschlossen haben. Nun gibt es endlich Hoffnung auf Frieden. Dem Land steht jedoch ein langer Weg bevor, der aktiv durch Friedensarbeit unterstützt werden muss.

Eine Stadt bricht das Schweigen

Vier Jahre Kommunale Konfliktberatung in Hildesheim

Von Hannah Sanders

2016 stand das niedersächsische Hildesheim unter Schock: Islamisten? Hier bei uns? Die Polizei durchsuchte eine Moschee, Fernsehteams aus der ganzen Republik berichteten live vor Ort. Nach einer Weile ging zwar der Rummel vorbei, die Ängste und die Sprachlosigkeit aber blieben. Bis sich die Stadt gemeinsam mit der muslimischen Community auf den Weg machte, einen neuen Dialog zu wagen.

Graffiti in der Nordstadt: Das Viertel ist Ankunftsort für viele Menschen.



Die S-Bahn von Hannover nach Hildesheim hat Verspätung. Als der Zug schließlich anrollt, dauert die Fahrt nicht lange. Nur rund 30 Kilometer geht es Richtung Süden, vorbei an Feldern und ein paar kleineren Ortschaften. Der Himmel ist grau an diesem Januarmorgen und eigentlich ist es viel zu warm für die Jahreszeit.



Der Hildesheimer Bahnhof hat zwei Ausgänge: Wer in die Innenstadt will, durchquert die weitläufige Eingangshalle. Zur Nordstadt geht es durch den kleineren Hinterausgang.

Mohammed Nouali führt durchs Viertel. Der großgewachsene 55-Jährige kennt die Nordstadt und die Menschen hier. Im Vorbeigehen lächelt er einem Bekannten zu, ein flüchtiger Gruß, Salam Alaykum, Alaykum Salam. Nouali ist Flüchtlingssozialarbeiter beim Hildesheimer Verein Asyl e. V., außerdem Vorsitzender des Migrationsbeirats der Stadt und Sportintegrationsbeauftragter. Ein vielbeschäftigter Mann.

Vor 25 Jahren brachte ihn das Studium von Marokko nach Deutschland. Maschinenbau in Aachen, später Hannover, bis ihm die Arbeit mit Maschinen über war und er lieber was mit Menschen machen wollte. Beim Gehen erzählt er über seine Arbeit, über die Nordstadt, seine Hände sind ständig in Bewegung, er zeigt hierhin und dorthin, lächelt oft. Auf den Straßen ist nicht viel los. Die Gehwege sind rot gepflastert, auch viele der Mehrfamilienhäuser rechts und links sind Backsteinbauten. Vor einer unscheinbaren Fassade in der Martin-Luther-Straße bleibt Nouali stehen. Das ist sie also: Die ehemalige Moschee des Deutschsprachigen



Die Räume der ehemaligen DIK-Moschee stehen bis heute leer.

Islamkreises Hildesheim, genannt DIK-Moschee, die 2016 bundesweit in die Schlagzeilen geriet.

Radikalisierung im Geheimen

Zeitsprung. Am Abend des 27. Juli 2016 steht die Straße voller Einsatzfahrzeuge. Schwer bewaffnete Polizeikräfte brechen die Türen des Gebetshauses auf, Fensterscheiben gehen zu Bruch. Mit Maschinenpistolen und Hunden durchsuchen sie die Räume. Auch in den Wohnungen mehrerer Mitglieder des Vereinsvorstands finden Razzien statt. Die Beamt*innen suchen nach Beweisen, dass in der DIK-Moschee Menschen radikalisiert und als Kämpfer für den sogenannten Islamischen Staat (IS) angeworben wurden.

In den folgenden Monaten werden immer mehr Details bekannt. Die treibende Kraft hinter den radikalen Umtrieben war den Sicherheitsbehörden zufolge der Imam der Gemeinde, Ahmad A. alias „Abu Walaa“. Medien bezeichneten ihn als den „IS-Chefanwerber in Deutschland“. Über Youtube, Facebook und Telegram verbreitete er seine Botschaften. Mit Sympathiebekundungen für den IS hielt er sich auf diesen Kanälen jedoch ebenso zurück wie in seinen öffentlichen Predigten in Hildesheim. Die eigentliche Radikalisierung fand im Geheimen statt, bei Seminaren in den Kellern der Moschee. Der Verfassungsschutz, der die DIK-Moschee früh ins Visier

nahm, stellte fest, dass mehrere Dutzend Personen aus dem Raum Hildesheim in Richtung der IS-Gebiete ausreisten. Auch Anis Amri, der das Attentat auf den Berliner Weihnachtsmarkt verübte, besuchte eines der Seminare.

Im November 2016 wurden Abu Walaa und weitere Personen aus dem Umfeld der DIK-Moschee verhaftet und kurz darauf angeklagt. Nach einem aufwendigen Prozess verurteilte das Oberlandesgericht Celle den Prediger zu zehneinhalb Jahren Haft. Drei Mitangeklagte erhielten ebenfalls mehrjährige Gefängnisstrafen. Den DIK-Verein ließ der damalige niedersächsische Innenminister Boris Pistorius verbieten.

Ein Traum zerplatzt

Zurück in der Gegenwart. Der Sozialarbeiter Mohammed Nouali steht vor dem ehemaligen Gebetshaus und blickt durch die Scheibe in die Räume, die bis heute leer stehen. Nouali ist selbst Muslim und hatte die DIK-Moschee seit 2012 besucht. „Die Moschee wurde gegründet mit einem Traum – eine eigene Gemeinde, wo unsere Kinder aufgenommen werden, wo wir Projekte initiieren, wo wir unsere Wünsche verwirklichen können“, beschreibt er die Erwartungen an die neue Moschee. Eine „Gemeinde für alle“, offen, interkulturell, mit Sport- und Freizeitangeboten für Jugendliche hätten sie aufbauen wollen. Mit dem Vereinsverbot und

der Schließung der Moschee fand dieser Traum ein abruptes Ende. Viele der Moschee-Besucher*innen waren geschockt, von den Radikalen als Fassade benutzt worden zu sein.

Natürlich war in der Gemeinde nicht völlig unbemerkt geblieben, wie sich nach und nach der Hass einschlich: Einer Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zufolge wettete Abu Walaa auch in öffentlichen Predigten immer öfter gegen „die Ungläubigen“. Doch das tatsächliche Ausmaß der Radikalisierung blieb den allermeisten Moschee-Besucher*innen verborgen. Wer etwas ahnte, fühlte sich ohnmächtig und schutzlos gegenüber dem Prediger und seinen Anhänger*innen.

Nach den Ereignissen rund um die DIK-Moschee machte sich in der Nordstadt und in ganz Hildesheim Sprachlosigkeit breit. Wer die Moschee besucht hatte, traute sich oftmals nicht, dies zuzugeben, aus Sorge, als radikal abgestempelt zu werden. Muslimische Hildesheimer*innen sahen sich einem Generalverdacht ausgesetzt, der sich selbst gegen Mitglieder der anderen muslimischen Gemeinden richtete. Menschen mit Migrationsgeschichte, die sich jahrelang um Integration und interkulturelles Zusammenleben verdient gemacht hatten, fürchteten um ihren Ruf und ihr Lebenswerk. ▶



Mohammed Nouali (links) hat die DIK-Moschee früher selbst besucht.

Viele Menschen – ob muslimisch oder nicht – waren verunsichert, was genau vorgefallen war, wer wie involviert gewesen war und vor allem welche radikalen Umtriebe es nach wie vor geben könnte. Angst und gegenseitige Verdächtigungen spalteten die Stadtgesellschaft.

Lähmende Sprachlosigkeit

„Es gab ein kollektives Erschrecken, dass so etwas in unserer Stadt möglich ist“, sagt Malte Spitzer, Erster Stadtrat und Sozialdezernent. Er sitzt in seinem Büro am Marktplatz. Durch das Fenster sind reich verzierte Fachwerkhäuser zu erkennen. Die historischen Schmuckstücke wurden im Bombenhagel des Zweiten Weltkriegs zwar fast vollständig zerstört, bis in die 90er Jahre hinein



Sozialdezernent Malte Spitzer:
„Zusammenleben und Sprachlosigkeit passen nicht zueinander.“

aber originalgetreu rekonstruiert. Radikale Ideologien passten nicht zu dieser Stadt, die so sehr durch die Kriege der Vergangenheit geprägt worden sei, so Spitzer. Toleranz und ein gutes Zusammenleben würden großgeschrieben. Doch 2016 standen die kommunale Politik und Verwaltung mit einem Mal vor ganz neuen Herausforderungen. Bundesweite Debatten über Islamismus, Dschihad und Radikalisierung waren über das beschauliche Hildesheim hereingebrochen, das mit 102.287 Einwohnenden nur knapp die Grenze zur Großstadt überschreitet. Zwar nahm die Kommune die Nordstadt nun stärker in den Blick, legte ein Präventionsprogramm auf und bemühte sich, soziale Probleme zu adressieren. Die Sprachlosigkeit und die Verunsicherung jedoch blieben, eine erste Dialog-Veranstaltung im Rathaus mit der muslimischen Community wurde nicht fortgesetzt.

Ein neuer Impuls, den Gesprächsfaden wieder aufzugreifen, kam schließlich aus der Nordstadt. Eine

Mitarbeiterin eines lokalen Vereins machte die Stadtverwaltung auf die Kommunale Konfliktberatung des forumZFD aufmerksam. Mit diesem Angebot unterstützt das forumZFD Städte und Gemeinden dabei, Spannungen und Konflikte im kommunalen Raum konstruktiv zu bearbeiten und ein friedliches Miteinander aktiv zu gestalten. Berater Gregor Maaß erklärt den Ansatz so: „Ich sage immer, dass wir Kommunen unterstützen, die eine schwierige gesellschaftliche Situation erleben, in der die Instrumente vor Ort nicht ausreichen oder nicht mehr funktionieren, um damit umzugehen. Wir unterstützen sie dabei, die Situation zu verstehen und da auch wieder herauszukommen.“ Seine Kollegin Heike Augustin ergänzt: „Unser Verständnis ist, dass ein Konflikt immer aus einem System heraus entsteht. Eine Stadtgesellschaft ist ein solches System und wenn dort ein Konflikt auftritt, hat das Auswirkungen auf ganz viele Menschen. Wir schauen uns dann nicht nur Ursachen und Folgen an, sondern fragen auch, was alle Beteiligten – nicht nur die offiziellen Stellen – gemeinsam zur Lösung beitragen können.“

Fast vier Jahre lang begleiteten Maaß und Augustin die Stadt Hildesheim bei der Aufarbeitung der Geschehnisse. Ein wichtiger erster Schritt war die Einberufung einer Lenkungsrunde. Eine solche Runde gehört zum kleinen Einmaleins der kommunalen Konfliktberatung, sie gibt die Richtung für den Beratungsprozess vor. Üblicherweise ist es ein kleiner Kreis aus Schlüsselpersonen, zum Beispiel aus Verwaltung, Polizei und Zivilgesellschaft. Eine Besonderheit in Hildesheim war, dass auf ausdrücklichen Wunsch der Stadt auch zwei Vertreter für unterschiedliche muslimische Communities mit am Tisch saßen. Sozialdezernent Malte Spitzer erklärt: „Wir wollten von Anfang an, dass sie dabei sind, weil man Staat und Verwaltung grandios überschätzen würde, wenn man ihnen allein das notwendige Steuerungswissen

und die Problemlösungskompetenz in einem solchen Feld zutrauen würde. Es geht nur gemeinsam mit den Communities, alles andere wäre ein Blindflug gewesen.“

„Es hat ganz schön geknirscht“

Im Juni 2019 kam die Lenkungsrunde erstmals zusammen. Weitere Sitzungen folgten, je nach Bedarf mal in längeren, mal in kürzeren Abständen. Auch Mohammed Nouali war mit dabei, ebenso ein Vertreter einer anderen muslimischen Gemeinde. Intensiv diskutierten die Beteiligten alle Schritte und setzten sich mit der Situationsanalyse auseinander, die das Beratungsteam nach vielen Gesprächen mit Menschen in Hildesheim vorgelegt hatte. „Da hat es auch mal ganz schön geknirscht“, erinnert sich Berater Gregor Maaß an die Diskussionen in der Runde. „Gerade am Anfang war die Atmosphäre sehr spannungsgeladen.“ In dieser Phase sei es vor allem darum gegangen, unterschiedliche Sichtweisen zuzulassen und das Gespräch trotz aller Differenzen fortzusetzen. „Der Beratungsprozess war etwas, woran sich die Beteiligten festhalten und entlanghangeln konnten“, so Maaß. Nach und nach wuchs das Vertrauen.

Eines der Themen, die sich im Beratungsprozess herauskristallisierten, war, dass die soziale Arbeit der Stadt manche Zielgruppen bislang nicht erreiche und zu oft an der Lebensrealität von Menschen mit Migrationsgeschichte vorbeigehe.



Blick aus dem Bürofenster von Sozialdezernent Spitzer ...

Frank Auracher kennt diese Problematik. Er ist in der Nordstadt unter anderem zuständig für Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement. Seit mittlerweile elf Jahren leitet er das Stadtteilbüro. Im Fenster hängen bunte Stoffwimpel und jede Menge Zettel, von Strickkursen bis hin zu Konzertankündigungen. Es sei nicht immer leicht, die Anwohnenden hier zu erreichen, erzählt Auracher. Denn: „Die Nordstadt ist das bunte Viertel in ganz Hildesheim und Ankunftsplatz für sehr viele Menschen.“ Diese Diversität mache es schwer, allen gerecht zu werden.

Früher galt die Nordstadt als ‚rotes Viertel‘ der Arbeitenden. Heute leben ganz unterschiedliche Menschen hier, darunter Studierende, Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte. Die Mieten sind günstiger als anderswo. Viele Anwohnende sind von Langzeitarbeitslosigkeit und Armut betroffen. Wer einen gut bezahlten Job findet, zieht oft in andere Stadtteile. Die Schließung der DIK-Moschee habe alle aufgerüttelt, sagt Frank Auracher. Spätestens da sei deutlich geworden, dass viel mehr passieren müsse, um den vielen jungen Menschen in der Nordstadt ein gutes und gesundes Aufwachsen zu ermöglichen. Der Beratungsprozess sei insofern hilfreich gewesen, als dass er viele Beteiligte zusammengebracht habe



Die historischen Gebäude am Hildesheimer Marktplatz wurden im Zweiten Weltkrieg zerstört.

und Probleme klar benannt worden seien, bilanziert Auracher als Teilnehmer der Lenkungsrunde.

Zwölf Ideen für die Zukunft

Aus den intensiven Gesprächen mit verschiedenen Gruppen in der Stadt gingen schließlich zwölf Handlungsfelder hervor. Diese wurden partizipativ erarbeitet, betont Beraterin Heike Augustin. „Es ist nicht unsere Aufgabe, im Stil einer Unternehmensberatung zu sagen: ‚Machen Sie diese fünf Schritte.‘ Das würde unserem systemischen Ansatz widersprechen.“ Die Ideen reichten von eher langfristigen Vorhaben wie einer diverseren Personalaufstellung in der sozialen Arbeit über Pläne für die Nachnutzung der ehemaligen Moschee-Räume bis hin zu ganz konkreten Dialogformaten, von denen einige bereits gestartet sind.

So hat sich die Stadtverwaltung im letzten Jahr bereits dreimal zu einem Austausch mit muslimischen Bürger*innen getroffen, um über Themen wie Integration und Teilhabe zu sprechen. Das Entscheidende dabei: Nicht die Stadtverwaltung allein bestimmt, worüber diskutiert wird, sondern die muslimischen Teilnehmenden bringen die Themen auf die Tagesordnung, die sie wirklich bewegen. Da ging es beispielsweise um islamischen Religionsunterricht an ▶



Grundschulen. Und es soll nicht bei Worten bleiben, das ist Sozialdezernent Spitzer wichtig: „Das ist nicht nur so ein Schnack-Forum, ganz im Gegenteil. Es geht darum, dass wir gemeinsam schauen, was wir realistisch umsetzen können. Es geht nicht um Verständnis, sondern auch um das Handeln.“

Natürlich knirscht es nach wie vor an manchen Stellen. So gibt es immer wieder Entscheidungen etwa der Ausländerbehörde, die in den muslimischen Gemeinden auf Unverständnis stoßen. Da helfe es nur, weiter im Dialog zu bleiben, meint Spitzer: „Zusammenleben und Sprachlosigkeit passen nicht zueinander. Eines der Ziele der Beratung war, dass wir viel offener miteinander sprechen. Das war lange Zeit nicht Alltag. Wir arbeiten jeden Tag daran, dass diese Praxis ein Stück weit normaler wird.“ Er ist überzeugt, dass jede Kommune gut daran täte, sich offensiv mit Konfliktbearbeitung auseinanderzusetzen. Denn am Ende eines gelungenen Dialogs stünden bessere Entscheidungen. Dafür brauche es aber die Unterstützung von außen: „Wenn wir als Verwaltung versucht hätten, mit unserer eigenen Sprache und vor allem unserer hergebrachten Rolle diesen Dialog zu führen, wäre das bei weitem nicht so erfolgreich gewesen. Es geht lange Zeit nicht ohne

die ‚Übersetzung‘ durch eine externe Beratung. Eine Verwaltung, egal wie groß sie ist, hat diese Kompetenz in der Regel nicht – erst recht, wenn sie wie in unserem Fall von den Communities als Teil des Problems wahrgenommen wurde.“

Keine Angst vor Konflikten

Nun heißt es dranbleiben in Hildesheim, um das Begonnene fortzuführen. Beraterin Heike Augustin ist zuversichtlich: „Mein Eindruck ist, dass ein Bewusstsein dafür gewachsen ist, dass Konflikte durchaus etwas Positives sein können und nichts, wovor Hildesheim erschrecken müsste. Es ist bereits viel Vertrauen aufgebaut worden und wird weiter gestärkt. Damit sind sie gut vorbereitet für die Zukunft.“

In der Nordstadt lenkt Mohammed Nouali seine Schritte durch den Friedrich-Nämsch-Park, vorbei an einem Jugendzentrum, dessen Backsteinmauern von bunten Graffiti bedeckt sind, vorbei an einem Sandplatz zum Kicken. Nouali ist selbst begeisterter Hobbysportler: Fußball, Basketball, Volleyball. Vielleicht hätte er Sport studiert, hätte ihm nicht eine Fußverletzung einen Strich durch die Rechnung gemacht. Heute kickt er ehrenamtlich mit Jugendlichen aus der Nordstadt, „aber nicht hier im Sand, das ist für kleine

Kinder, die Jungs wollen richtig Fußball spielen.“ Ein paar Straßen weiter bleibt er plötzlich stehen, großes Hallo, „Mensch, wir haben gerade noch von dir gesprochen!“ Der junge Mann mit der weißen Kopfbedeckung stellt sich vor, es ist der neue Imam der Ayasofya-Moschee. Gerne würde er die Gäste zum Tee einladen, aber er muss das Abendgebet vorbereiten, das in zwanzig Minuten beginnt. Er verabschiedet sich und tritt durch die Eingangstür der Moschee. Mohammed Nouali blickt sich in der Straße um. Früher, erzählt er, standen hier häufig Polizeiautos. Die Moschee-Besucher*innen mussten ihre Ausweise vorzeigen. Bei der Erinnerung verblasst kurz sein Lächeln, harte Zeiten seien das gewesen, Polizei vor der Moschee, die Blicke der Anwohnenden aus den Fenstern. Heute sitzen er und andere Vertreter*innen der muslimischen Community mit der Stadtverwaltung an einem Tisch, beraten auf Augenhöhe. Das habe Seltenheitswert in Deutschland, sagt er, und der Stolz auf den gemeinsamen Erfolg ist ihm anzumerken. Wie sich die Zeiten ändern können.

Mehr über die Kommunale Konfliktberatung des forumZFD erfahren Sie hier: www.forumZFD.de/kkb



Kampagne mit Wirkung ...

... aber noch nicht am Ziel

Als wir am 1. September mit Ihnen die Kampagne „Deutschlands Friedensfähigkeiten stärken“ gestartet haben, war die Perspektive düster: Die Bundesregierung wollte die Mittel für Frieden und Entwicklung deutlich kürzen.

Doch bei den Abgeordneten des Deutschen Bundestages hat unsere Kampagne Wirkung gezeigt! Sie korrigierten die Pläne der Bundesregierung für den Haushalt 2023 unerwartet deutlich und haben die geplanten Kürzungen weitgehend zurückgenommen, indem sie je 1 Milliarde Euro mehr für das Auswärtige Amt und das Entwicklungsministerium zur Verfügung stellen.

Neben der humanitären Hilfe stockte das Parlament vor allem die Mittel für Programme der Krisenprävention und für den Wiederaufbau nach Kriegen und Konflikten auf. Das ist auch ein erster Erfolg unserer Kampagne. Der Zivile Friedensdienst soll im nächsten Jahr sogar 5 Millionen Euro mehr erhalten. Auch das forumZFD profitiert als eine von neun anerkannten Trägerorganisationen anteilig davon.

Bislang haben wir mit der Kampagne mehr als 150 Abgeordnete direkt angesprochen. Rund 30 von ihnen haben die Erklärung „Deutschlands Friedensfähigkeiten stärken“ unterzeichnet. Es bleibt also noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten.

Die Bundesregierung – allen voran Finanzminister Christian Lindner und Bundeskanzler Olaf Scholz – planen weiterhin, die Mittel für

Frieden und Entwicklung in den folgenden Jahren zu kürzen. Die geforderte Stärkung ziviler Friedensfähigkeiten ist noch nicht in Sicht.

Darum starten wir jetzt zum Jahrestag seiner „Zeitenwende-Rede“ einen Aufruf an Bundeskanzler Olaf Scholz:

„Friedenswende statt Zeitenwende!“



**FRIEDENS
WENDE**
Jetzt!

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

vor einem Jahr haben Sie eine sicherheitspolitische Zeitenwende ausgerufen und ein 100 Milliarden Euro großes Aufrüstungsprogramm auf den Weg gebracht. Heute fordere ich Sie auf:

Leiten Sie eine Friedenswende ein!

- ➔ Beenden Sie die Aufrüstungsspirale und starten Sie eine internationale Abrüstungsinitiative.
- ➔ Setzen Sie sich für mehr Kooperation der Staatengemeinschaft ein, um unsere Lebensgrundlagen zu schützen und allen Menschen ein Leben in Sicherheit und Würde zu ermöglichen.
- ➔ Stärken Sie Deutschlands zivile Friedensfähigkeiten. Bauen Sie zivile Krisenprävention und Friedensförderung aus.

Jetzt unterzeichnen und Aktionspostkarten bestellen unter:
www.forumZFD.de/Friedenswende

„Die Nordstadt ist das bunteste Viertel in ganz Hildesheim“, sagt Frank Auracher.



WAS UNS **Hoffnung** MACHT

NEUE PARTNERSCHAFT AUF DEN PHILIPPINEN

Mit der Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrags und einer schönen Feier mit traditionellen Ritualen begann Ende 2022 die Zusammenarbeit zwischen dem forumZFD und der Organisation „PAGTUKUSAN“. Diese setzt sich für die Rechte indigener Menschen auf den Philippinen ein. Indigene Menschen sind häufig an den Rand gedrängt, wenn es z. B. um Ansprüche auf Land und Ressourcen geht oder um den Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt. PAGTUKUSAN möchte indigene Praktiken und Rechtsmechanismen wiederbeleben und sie ergänzen um Strategien gewaltfreier Konfliktbearbeitung, die das forumZFD in die Partnerschaft einbringt.



NEUE IDEEN FÜR MEHR ZUSAMMENHALT

Immer wieder kommt es im Kosovo zu Spannungen zwischen der albanischen Mehrheit und der serbischen Minderheit. Ende letzten Jahres kamen junge Menschen aus verschiedenen Regionen des Kosovo zusammen. Unter dem Motto „The future we want“ (dt. „Die Zukunft, die wir wollen“) entwickelten sie mit Unterstützung des forumZFD viele kreative Aktionen für einen besseren gesellschaftlichen Zusammenhalt in ihren Heimatorten.



MEHR GERECHTIGKEIT FÜR DAS JESIDISCHE VOLK

Im Januar stufte der Deutsche Bundestag die Verbrechen an Jesid*innen als Völkermord ein. Damit erleichtert er die Verfolgung der Täter*innen und die historische Aufarbeitung der Verbrechen. Diese wurden – und werden – vor allem von Angehörigen des Islamischen Staats im Irak und in Syrien begangen. Der Bundestag folgt mit der Einstufung u. a. dem Europäischen Parlament, Armenien und Australien. Und es schließen sich hoffentlich noch viele weitere Länder an.

NEUE PERSPEKTIVEN FÜR AFGHANISCHE FRAUEN

Deutschland will junge Frauen, die aus Afghanistan geflüchtet sind, mit Stipendien unterstützen und ihnen so ein Studium ermöglichen. Rund sieben Millionen Euro sollen Afghaninnen zugutekommen, die in den Nachbarländern Bangladesch, Kirgistan oder Pakistan Zuflucht gefunden haben. In Afghanistan ist es Frauen verboten, zu studieren.

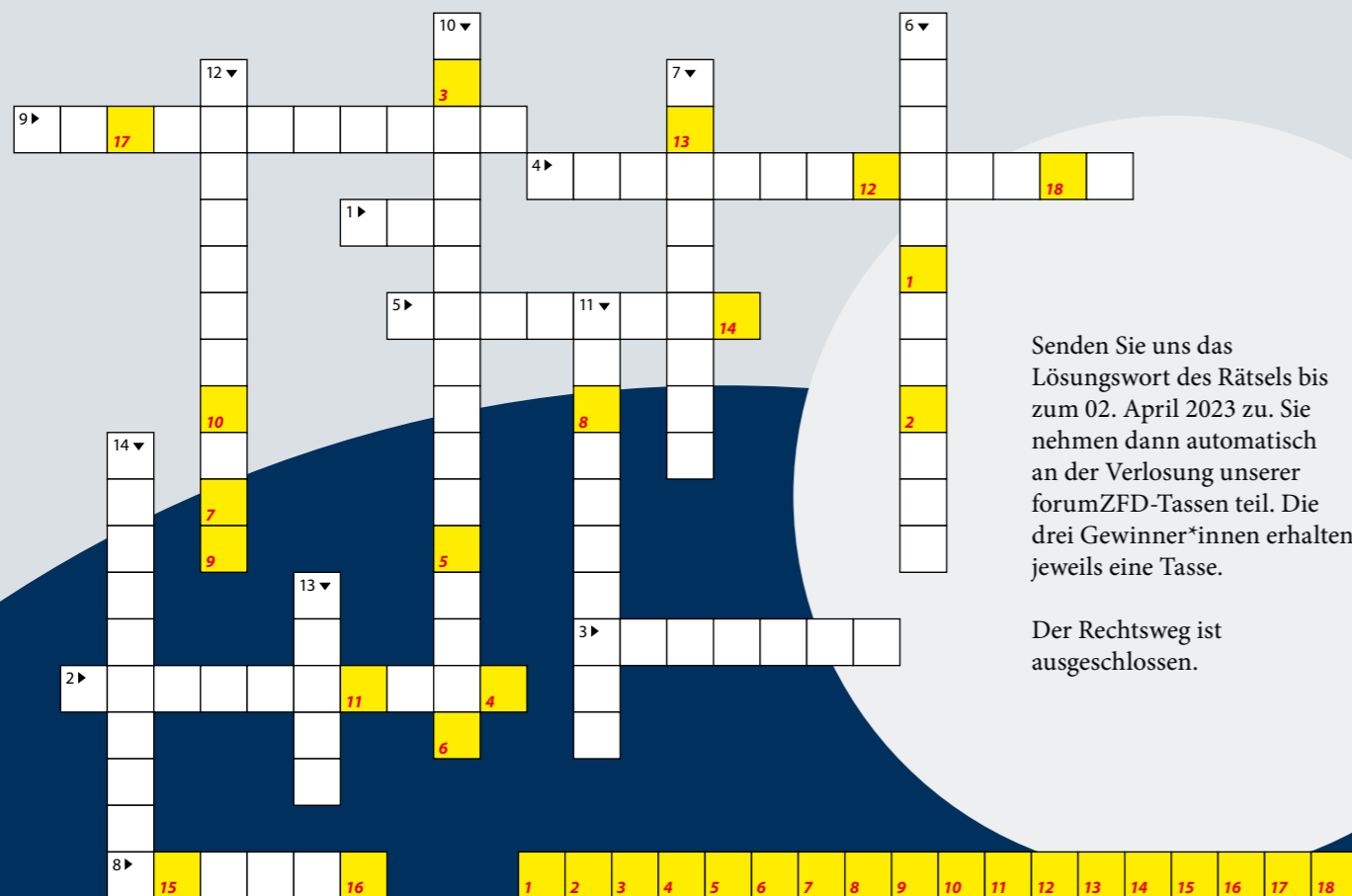
MEHR BEWUSSTSEIN FÜR DIE MENSCHENRECHTE

Junge Menschen in Israel und Palästina, die nach dem Jahr 2000 geboren wurden, haben kaum Zeiten ohne Gewalteskalation in der Region erlebt. Den Nahostkonflikt nehmen sie sehr unterschiedlich wahr. Junge Aktivist*innen der israelisch-palästinensischen Bewegung und langjährigen forumZFD-Partner „Combatants for Peace“ (dt. „Kämpfer*innen für den Frieden“) möchten bei Gleichaltrigen ein Bewusstsein schaffen für die prekäre Situation vieler Menschen im besetzten Westjordanland. Dazu organisierten sie im vergangenen Jahr einen Spaziergang („Awareness Human Rights Walk“) zu mehreren Dörfern. Während des Spaziergangs entwickelte sich immer mehr eine freundschaftliche Atmosphäre. Und im Gespräch mit den in den Dörfern lebenden Menschen änderte sich so manche Wahrnehmung. Menschenrechte gelten für alle und jeden, sie sind nicht verhandelbar.

MEHR WAFFENKONTROLLE

In seiner ersten Amtshandlung als Präsident Brasiliens unterzeichnete Lula da Silva im Januar ein Dekret für striktere Waffenkontrolle. Sein Vorgänger Jair Bolsonaro hatte „zum Schutz der Bevölkerung vor Gewalt und Kriminalität“ noch eine Liberalisierung vorangetrieben – obwohl Studien das genaue Gegenteil belegt hatten.

Mitmachen und gewinnen!



Senden Sie uns das Lösungswort des Rätsels bis zum 02. April 2023 zu. Sie nehmen dann automatisch an der Verlosung unserer forumZFD-Tassen teil. Die drei Gewinner*innen erhalten jeweils eine Tasse.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Rätselfragen:

- 1 Gegen welchen großen Energiekonzern wurde in Lützerath demonstriert?
- 2 Die Reportage berichtet von der Konfliktsituation in welcher deutschen Stadt?
- 3 Wie lautet das englische Wort für „Mitgefühl“?
- 4 Peter Tobiassen ist neuer Vorsitzender des ... vom forumZFD.
- 5 In welcher Stadt leitet der interviewte Friedensforscher Christoph Weller einen Lehrstuhl einer Universität?
- 6 Welche ukrainische Partnerorganisation des forumZFD besuchte Bundesministerin Schulze im Januar?
- 7 Wie lautet der Nachname des neuen Verteidigungsministers?
- 8 Wie heißt die Hauptstadt von Nordmazedonien?
- 9 In welchem Land arbeitet das forumZFD mit einer neuen indigenen Partnerorganisation zusammen?
- 10 Seit wie vielen Jahren gibt es das forumZFD?
- 11 Durch was wird „Hartz IV“ seit Januar 2023 ersetzt?
- 12 Wie heißt eine Moschee in Niedersachsen, die 2016 bundesweit in die Schlagzeilen geriet?
- 13 Was veranstaltete die Karl-Kuck-Schule in Aachen, um Spenden für das forumZFD zu sammeln?
- 14 Wie heißt der Nachfolger von Papst Benedikt XVI.?

Lösungshinweise: Umlaute brauchen nur ein Kästchen.

Die Auflösung des Rätsels finden Sie ab dem 03.04.2023 unter: www.forumZFD.de/raetsel



Zutaten:

- 1.500 g Rindfleisch
- Optional zusätzlich 500 g Gehacktes
- 500 g Kartoffeln
- 500 g Zwiebeln
- 500 g Karotten
- 500 g Paprika
- Knoblauch
- Speiseöl
- Chili
- Salz, Pfeffer

Zubereitung:

Fleisch, Zwiebeln, Karotten und Paprika in kleine Stücke schneiden und mit Knoblauch, Speiseöl und Gewürzen mischen. Die Fleisch-Gemüse-Mischung in eine große Auflaufform füllen. Anschließend die Kartoffeln halbieren und kreisförmig auf das Gericht legen. Die Auflaufform mit Alufolie abdecken und bei 200–260 Grad (je nach Menge und Größe der Auflaufform) zwei Stunden im Backofen garen.

Gjakova: Die Hadum-Moschee und die St.-Paul-Kirche prägen das historische Stadtzentrum



Ein reichhaltiger Eintopf aus Gjakova

Dieses leckere Gericht stammt aus Gjakova, einer Stadt im Südwesten des Kosovo. Die Einheimischen suchen zunächst sorgfältig das Gemüse und die Gewürze aus und geben diese dann einer Metzgerei vor Ort, die den Eintopf für sie zubereitet. Alle Zutaten werden zusammen mit dem Rindfleisch für ungefähr acht Stunden in einem speziellen Tongefäß gekocht. Zu dem Eintopf trinken die Menschen gerne Rakia, einen traditionell albanischen Obstbrand.

Korab Krasniqi, Projektmanager des forumZFD im Kosovo, sagt: „Ich habe den Eintopf selbst schon zubereitet – er schmeckt fantastisch!“



Schulen für den Frieden

Das Bedürfnis, dem Krieg gegen die Ukraine etwas entgegenzusetzen, war im letzten Jahr groß – auch und vor allem bei Kindern und Jugendlichen. Wir berichten von zwei schönen Aktionen zugunsten der Friedensarbeit des forumZFD. DANKE für euer tolles Engagement!

Frieden fördern beim Fest des Teilens

„Wir hatten das Größte der Corona-Pandemie gerade hinter uns, da wurden auch die Kinder unserer Schule mit dem Krieg gegen die Ukraine konfrontiert – allein dadurch, dass wir in fast allen Klassen geflüchtete Kinder aufnehmen. Zwei Mädchen aus dem 4. Schuljahr, Nelli und Nele, wollten noch mehr tun. Mit selbst gebastelten kleinen Geschenken kamen sie eines Tages in mein Büro und schlugen anlässlich unseres Schulfestes im Mai einen Basar zugunsten der Ukraine vor.

als „die Bösen“ erlebt hätten. Hinzu kam noch die Sorge, dass die geflüchteten Familien z. B. aus Syrien den Eindruck bekommen könnten, weniger wichtig zu sein.

Also mussten wir uns etwas anderes ausdenken, denn helfen wollten wir ja. Und auch Nelli und Nele ließen nicht locker. So entstand die Idee eines Basars zu Sankt Martin – dem Fest des Teilens. Über Monate hinweg entstanden in den Klassen, in der Nachmittagsbetreuung und in den Familien viele verschiedene Basteleien – nachhaltig produziert und auch am Geschmack der Erwachsenen ausgerichtet, die ja schließlich spenden sollten. Am Abend nach dem Martinszug beschenkten sich die Kinder gegenseitig, damit alle etwas bekamen. Alle übrigen Geschenke gaben sie gegen eine freiwillige Spende ab. Viele Eltern und Großeltern kauften großzügig ein.

Einstimmig hatten wir uns vorab entschieden, dass die Erlöse in Höhe von 550 Euro der Friedensarbeit des forumZFD zugutekommen sollten. Wir danken Nele und Nelli und den vielen Menschen, die gebastelt und gespendet haben – und dem forumZFD für seine wichtige Arbeit.“

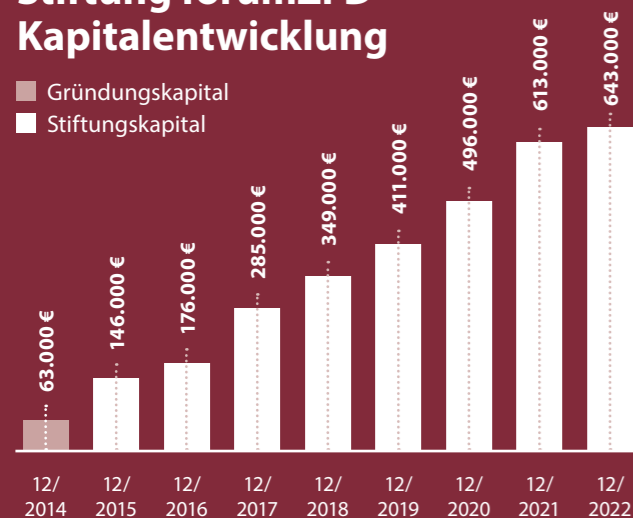
Doro Zwingmann, Schulleiterin an der Karl-Kuck-Schule, Aachen-Brand. Die Karl-Kuck-Schule nimmt auch regelmäßig am Aachener Friedenslauf teil.

„Was uns Hoffnung macht“ – die guten Nachrichten aus dem Magazin des forumZFD schenken auch beim Sankt-Martins-Basar Trost und Freude.



Stiftung forumZFD Kapitalentwicklung

■ Gründungskapital
■ Stiftungskapital



Konto für Zustiftungen

GLS-Gemeinschaftsbank
IBAN DE89 4306 0967 1062 9128 00

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!



Laufen für den Frieden

Begeistert und stolz hatten die Kinder der Mühlenfeldschule in Kerpen-Sindorf Spenden für den guten Zweck bei ihrem schulinternen Sponsorenlauf erlaufen. Vorab hatten sie und ihre Lehrer*innen sich über die Arbeit des forumZFD informiert. Die vielen Angebote zur Friedensbildung an Schulen kamen gut an – und so durften unsere Kolleginnen beim gegenseitigen Kennenlernen 4.000 Euro Spenden entgegennehmen!



Christine Lieser und Claudia Osthues, Referentinnen für Friedensbildung beim forumZFD, bedankten sich mit einer Urkunde für die tolle Unterstützung.

Machen auch Sie mit!

Mehr Informationen zu unseren Angeboten für Schulen finden Sie hier: www.forumZFD.de/run4peace

Gerne helfen wir Ihnen bei Fragen weiter:

Christine Lieser:

Telefon: 0221 – 91 27 32-41, lieser@forumZFD.de

Claudia Osthues:

Telefon: 0221 – 91 27 32-36, osthues@forumZFD.de

So können Sie das forumZFD unterstützen:

Regelmäßig spenden

Frieden braucht kontinuierliche Aufmerksamkeit und Pflege. Mit einer regelmäßigen Spende (Einzugsermächtigung oder Dauerauftrag) leisten Sie dazu einen entscheidenden Beitrag.

Mitglied werden

Wir freuen uns sehr über neue Mitglieder, die mit uns gemeinsam das forumZFD und seine Arbeit stärken und weiterentwickeln. Der Beitrag liegt bei 180 Euro im Jahr (ermäßigt 90 Euro).

Spenden oder Stiften im großen Stil

Sie möchten einen größeren Betrag für den Frieden einsetzen? Gerne besprechen wir mit Ihnen, wie Sie dies besonders wirkungsvoll tun können.

Spenden statt Geschenke

Freudige, aber auch traurige Anlässe wecken häufig den Wunsch, im Familien- und Freundeskreis um Spenden für ein Herzensanliegen zu bitten. Wir unterstützen Sie gerne bei der Umsetzung.

Wir beraten Sie gerne

Bei Fragen rund um das Thema Spenden und Mitgliedschaft hilft Ihnen unsere Referentin für Spendenkommunikation weiter:



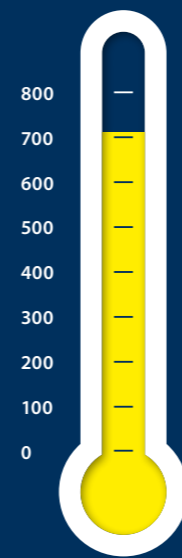
Petra Gramer

E-Mail: gramer@forumZFD.de

Telefon: 0221 – 91 27 32-32

forumZFD Spendenbarometer

Zielsetzung 2022: 711.000 €
Stand 31.12.2022: 704.000 €



Das forumZFD ist Unterzeichner der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“:
www.forumZFD.de/initiative-transparente-zivilgesellschaft



Spendenkonto forumZFD e. V.

GLS-Gemeinschaftsbank
IBAN DE90 4306 0967 4103 7264 00

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!



„Nicht der Platz ist wichtig, den wir einnehmen, sondern die Richtung, in welcher wir uns vorwärtsbewegen.“

Oliver Wendell Holmes (1809–1894), US-amerikanischer Arzt und Essayist



forumZFD



mit freundlicher Genehmigung von Kostas Koufajorgos

Entschieden für Frieden

forumZFD
Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
Am Kölner Brett 8
50825 Köln

Telefon 0221 – 91 27 32-0
Fax 0221 – 91 27 32-99
E-Mail kontakt@forumZFD.de
www.forumZFD.de

Spendenkonto:
GLS Gemeinschaftsbank
IBAN DE90 4306 0967 4103 7264 00
BIC GENODEM1GLS